

Wahlnachlese und Blick nach vorne!

SPD

Nach der
Wahl:
Aufbruch!



Prekariat –
mehr als ein
Begriff?



Danke!



Leitlinien

Bundestagswahl 20092

Bundespolitik

Dresdner Bundesparteitag...3

Neue Mitglieder3

Landespolitik

Christian Carstensen4

Gebührenfreies Studium5

Wahlergebnis5

Sozialpolitik

Prekariat.....6

Kulturpolitik

Schauspiel.....7

Kommunalpolitik

Gewerbemiete9

Offener Brief ...

... an Olaf Scholz10

Sozialpolitik

Glanzpunkt der SPD11

Kreisintern

Langenhorner Bürger-Forum..12

Kreispolitik

Bildungsveranstaltungen13

Ansprechpartner

.....13

Kreisvorstand

.....14

Veranstaltungen

.....15

Danksagung/Gratulationen/

Impressum.....16

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen, auf der Suche nach Inspiration für dieses Editorial las ich mir mein letztes von vor der Wahl durch. Darin stand der recht banale Satz: „Der Anspruch, soziale Politik in praktisches Handeln zu übersetzen war stets das Alleinstellungsmerkmal der SPD, das uns einst so erfolgreich gemacht hat. Diese Wahrnehmung ist in Gefahr.“

Offenbar haben uns die Umsetzung dieses Anspruchs jedenfalls die über 10 Mio. Wähler, die wir nunmehr seit der Bundestagswahl 1998 verloren haben, nicht mehr zugetraut.

Dies ist sehr bedauerlich, da wir gerade auf die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sozialdemokratische Antworten dringender brauchen denn je! Darum gilt jetzt erst recht: nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern es einfach weiter versuchen. Wir in Hamburg-Nord tun das (siehe Artikel S. 11)!

Herzlich, Euer Urs

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Wahlergebnis vom 27. September hat die SPD aus der Bahn geworfen. Es war kein üblicher Wechsel von der Regierung in die Opposition. Viele Menschen haben der SPD ihr Misstrauen ausgesprochen, obwohl sie in Umfragen sozialdemokratische Antworten geben. Unsere Wählerinnen und Wähler sind in alle Richtungen abgewandert. Besonders schmerzlich sind die Gewinne der FDP als Partei der neo-liberalen Gesinnungstäter, die wesentlich zur Wirtschafts- und Finanzkrise beigetragen haben.

Vieles haben wir nicht zu verantworten, in manchen Themen – wie bei den Mindestlöhnen – haben wir gut gearbeitet. Aber vieles ist in der SPD auch schlecht gelaufen und wurde falsch entschieden. Beispiele sind die Rente mit 67 oder die Harz IV-Regelsätze für Kinder. Wir haben im Kreis Nord mit unserem Arbeitskreis Sozialpolitik schon vor der Wahl einige der jetzt genannten Themen kritisch bearbeitet. Dennoch geht es beim Nachdenken über die vergangenen Jahre nicht um Rechthaberei und schon gar nicht um gegenseitiges Abrechnen. Es geht darum, aus der Vergangenheit zu lernen und die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Dazu gehört auch, Beschlüsse nicht von oben zu verkünden, sondern sorgfältig unter den Mitgliedern und mit Außenstehenden zu diskutieren. Sigmar Gabriel hat diese Punkte vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden in einer beeindruckenden



Rede zusammengeführt. Es gab in Dresden eine Aufbruchstimmung, die jetzt in die richtigen Bahnen gelenkt werden muss. Wir in Hamburg können dazu beitragen. Die nächste Gelegenheit ist ein Landesparteitag im Februar 2010 zur Zukunft eines starken und gerechten Sozialstaates.

Euer Peter Tschentscher
Kreisvorsitzender

Gedicht zur SPD

Von Rolf Jahnce

Die SPD – wie sag ich's bloß –
sie lässt mich einfach nicht mehr los.

Denn diese große Volkspartei
war schon im Kaiserreich dabei.

Durch Scheidemann im Reichstagshaus
rief sie die Republik einst aus,

und kämpfte mutig aber stur
auch gegen Hitlers Diktatur.

Und als der Weltkrieg zwei vorbei,
war sie gleich wieder mit dabei.

Opposition für kurze Zeit,
doch war es endlich dann soweit:

Die Wahl bewies im ganzen Land,
der Kanzler heißt jetzt Willy Brandt.
Auch Helmut Schmidt erreichte dann
viel mehr, als man erwarten kann.
Verrat und dummer Flügelstreit
beendeten die gute Zeit.

Und als man kaum noch dran gedacht,
gab es noch mal Regierungsmacht.
Dann aber, plötzlich, ging's bergab,
die Zahl der Wähler wurde knapp.
Nun, wo es nicht mehr tiefer geht,
das Wasser bis zum Halse steht,
lernt man aus der Geschichte Lauf:
Von unten geht es nur bergauf!
Das gilt bestimmt, wie ich es seh',
auch jetzt für uns're SPD.

Chance für den Neuanfang – Bundesparteitag in Dresden

Der Dresdner Parteitag markiert die erste wichtige Etappe auf dem Weg zur Erneuerung der SPD

Von Inka Damerau

Die von vielen eingeforderte offene und kritische Diskussion hat tatsächlich stattgefunden. Dokumentiert in 66 konzentrierten Redebeiträgen im Rahmen der Aussprache. Ausführlich, ernsthaft und konstruktiv hat in Dresden eine Debatte begonnen, über Fehler in der Vergangenheit, aber auch über die Aufgaben in der Zukunft. Bereits in diesen Beiträgen gab es auch ein Nachdenken über den Charakter und die Anforderungen an die Sozialdemokratie in der heutigen Zeit.



U n s e r neuer Vorsitzender Sigmar Gabriel hat die Grundfragen in einer sehr bemerkenswerten Rede aufgegriffen. Und er hat es vor allem ge-

schaft, eine der Kernfragen deutlich zu machen, die in den letzten Jahren u. a. zu einem teilweise neoliberalen Kurs in unserer eigenen Politik geführt hat:

„Seit bald 20 Jahren geht ein Gespenst um in Europa: das Gespenst der politischen Mitte, genauer gesagt: der neuen politischen Mitte. ... Alle meinen sie zu kennen, ohne allerdings genau erklären zu können, wer oder was die Mitte ist oder wofür die politische Mitte steht. Auch wir haben die politische Mitte für uns reklamiert ...“ Und weiter: „Die politische Mitte in Deutschland war nie ein fester Ort, nie eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft oder in der Wählerschaft. ... Die politische Mitte in diesem Land hat der gewonnen, der in den Augen der Mehrheit der Menschen die richtigen Fragen und die richtigen Antworten bereithält.“

Die neue Mitte liegt links

Sigmar Gabriel machte sehr deutlich,

dass es um die politische Deutungshoheit über aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen geht und dass diese erkämpft werden müssen von uns: „...von links. Mit emanzipatorischen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit“.

Was ist unsere Antwort auf die Frage nach Solidarität und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert auch unter den Rahmenbedingungen von Globalisierung und Europäisierung?

Olaf Scholz führte in den Leitantrag ein, der neben zahlreichen Fragestellungen u.a. auch die Punkte – Rente mit 67 und Überprüfung der Hartz-Gesetze auf den Prüfstand – aufgreift, als Anfang eines längst überfälligen Diskurses in der gesamten Mitgliedschaft.

Vermögenssteuer als politisches Signal

Mit dem Beschluss zur Vermögenssteuer setzten die Delegierten sich durch und setzten damit ein richtiges Signal in schwieriger ökonomischer Lage.

Zwei thematische Initiativen sollen die Diskussionen der kommenden Monate bündeln: „Gut und sicher leben“ und „Demokratie und Freiheit“.

Wir stehen jetzt vor drei zentralen Aufgaben:

- Die Partei nach innen öffnen und innerparteiliche Demokratie stärken und die erforderlichen Diskussionen in allen Gliederungen führen
- Die Partei nach außen öffnen und im Kontakt mit gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden unsere Debatten führen
- Ein gesellschaftliches Klima für unsere politischen Ziele erkämpfen

Die Diskussionen und Beschlüsse auf dem BPT haben gezeigt: Neue inhalt-

Herzlich willkommen!

Von Kerstin Völsch

Montag, der Tag nach der Bundestagswahl. Um 9.15 Uhr ein Anruf: „Ich möchte Mitglied in der SPD werden!“ Mein erster Gedanke: Da will mich einer veräppeln! Aber wir machen einen Termin aus, zum Kennenlernen, Informieren und Papiere ausfüllen. „Jetzt erst recht!“, sagt der neue Genosse, „Wir dürfen schwarz-gelb nicht das Feld überlassen!“ Ich lege auf – keine zehn Minuten später ein ähnlicher Anruf und kurz darauf ein weiterer.

So war es in ganz Hamburg – in den letzten Wochen gab es mehrere hundert Neueintritte. Und viele der „Neuen“ haben wir auch gleich getroffen: Im Mentoring-Programm bei uns in Nord, bei unserem Neumitgliederabend, beim Tagesseminar „Aktiv werden“ in der Landesorganisation, bei unseren Veranstaltungen „Wissen ist Macht“ und in den Distrikten. Die meisten wollen aktiv werden, mitmachen, mitgestalten.

Jetzt gilt es, diese Mitglieder zu integrieren und sie in den Distrikten und im Kreis, in den Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen zum Mitmachen einzuladen und offen zu sein für das, was sie an Ideen, Erfahrungen und Persönlichkeit mitbringen. Herzlich Willkommen! ●

liche Perspektiven sind möglich. Das ist angesichts der Schwarz-Gelben Mehrheit auch bitter nötig.

Die wirkliche Arbeit beginnt erst jetzt – mit der Kraft und dem Potenzial der gesamten Partei. ●



Liebe Genossinnen und Genossen,

das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 war noch schlimmer als selbst notorische Pessimisten befürchtet haben. Ihr alle kennt die Zahlen und die daraus resultierenden Folgen. Auf Bundesebene hat schwarz-gelb eine Mehrheit und macht sich daran, unser Land wieder in die achtziger Jahre zurück zu führen – der Berliner Tagesspiegel hat bereits von „Kohl reloaded“ geschrieben. Die Rolle rückwärts werden wir u.a. mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, der Einführung einer Herdprämie in der Familienpolitik oder auch im Gesundheitsbereich langsam aber spürbar erleben.

In unserem Wahlkreis ist es nicht gelungen, die notwendige Mehrheit bei den Erststimmen zu erringen. Für mich persönlich ist dieses Ergebnis natürlich eine herbe Enttäuschung, denn ich habe Hamburg-Nord und das Alstertal sehr gerne im Deutschen Bundestag vertreten. Nicht nur beim Kampf um Lärmschutz an der

Bevölkerung nimmt es dankbar auf, wenn die SPD vor Ort als aktiver Partner auftritt, die Institutionen vom Altenheim über die Feuerwehr bis zu den Kirchen freuen



s i c h ,

wenn wir uns für ihre Arbeit interessieren und reagieren sehr offen, und auch unsere traditionelle Zielgruppe – leider viel zu oft von uns vernachlässigt und uns daher teilweise erschreckend fremd geworden –, die aktiven Gewerkschafter, Betriebs- oder Personalräte, registrieren es, wenn wir uns um den Dialog und um ihre Meinung bemühen. Lasst uns diese Arbeit fortsetzen und wo es geht noch ausbauen. Es ist ein wichtiger Baustein, um unsere Partei wieder handlungsfähig, wählbar und damit durchsetzungstark zu machen. Leider kann ich dabei nicht mehr als Bundestagsabgeordneter mitwirken,

Güterumgebungsbahn oder bei der Situation von behinderten Menschen im öffentlichen Busverkehr sondern auch in vielen Einzelfällen konnten gute Ergebnisse erzielt werden. Das hat mir viel Freude gemacht. Ebenso viel Freude hatte ich in der Zusammenarbeit mit Euch, den Genossinnen und Genossen in den Distrikten und im Kreis. Vier Jahre und zwei Bundestagswahlkämpfe lang habt Ihr mich unterstützt, motiviert und auch kritisch begleitet. Dafür danke ich Euch allen auch an dieser Stelle sehr herzlich. Nur durch Eure Solidarität konnte ich meine Wahlkreisarbeit so machen, wie ich mir gute sozialdemokratische Politik vorstelle: Konkret, bürgernah, für die Menschen spürbar und erlebbar.

Diese gemeinsame Arbeit hat sicherlich einen Anteil daran, dass die Verluste in unserem Wahlkreis im Vergleich etwas weniger katastrophal ausgefallen sind. Ich gebe zu, dass ist ein schwacher Trost, zumal es nicht gelungen ist, den Wahlkreis zu verteidigen. Ich hoffe aber, es ist Ansporn aus manch positiver Erfahrung der letzten Jahre zu lernen. Die



aber ich werde jederzeit da sein, wenn Ihr bzw. die SPD insgesamt meint, dass ich hilfreich sein kann. In diesem Sinne: bis bald!

Euer Christian Carstensen

Rund zwei Drittel der Hamburger Studierenden zahlen zur Zeit die Studiengebühren (750 Euro jährlich) trotz sogenannter Nachlagerung direkt vor Semesterbeginn, teils weil sie dazu verpflichtet werden (Nicht EU-Ausländer, längere Zeit Studierende, ...) teils aus Angst vor Schulden.

Zudem müssen alle Studierenden jährlich 100 Euro Verwaltungsgebühren zahlen, weil die Stadt sich aus der Finanzierung der Hochschulverwaltung zurückzieht.

Mittlerweile sind die Studierendenzahlen allein an der Uni Hamburg um 10.000 im Vergleich zur Zeit vor den CDU-Regierungen gesunken. Im Bezahlstudium wird vorwiegend studiert, was sich nachher – vor allem für die Arbeitgeber – gewinnbringend als Beruf ausüben lässt. Als Folge verdrängen partikuläre (wirtschaftliche) Interessen allgemeinbildende Anteile im Studium und verhindern gesellschaftlich verantwortungsvolle Wissenschaften. Studiengebühren sollen zudem entsolidarisierend und entdemokratisierend wirken, indem kritisches Engagement für soziale und kulturelle Verbesserungen mit finanziellem Druck bestraft wird.

In der studentischen Interessenvertretung, der akademische

Für ein gebührenfreies Studium

Mit einer Unterschriftensammlung bis Ende Januar 2010 wollen Hamburgs Studierende die Abschaffung der Studiengebühren in Hamburg erreichen

Selbstverwaltung und auch in den Jugendverbänden bleiben die ehrenamtlich Aktiven aus. Dabei macht gerade die aktuelle Krise der Gesellschaft die Notwendigkeit emanzipatorischer Bildung und Wissenschaft deutlich: Sie müssen auf Persönlichkeitsentfaltung durch gemeinsame kritische Erkenntnis für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller gerichtet sein. Diese Allgemeinwohlorientierung erfordert eine bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung.

SPD und Jusos beteiligen sich an der Kampagne in einem Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, politischen Jugendverbänden und Studierendenvertretungen.

Unterschriftenlisten gibt es in den Geschäftsstellen der SPD, weitere Infos unter: www.gebuehrenfreiheit.de.

Nach der Wahl: Aufbruch!

Wir haben alle ziemlich gelitten am 27.9.09 – dieses Wahlergebnis hatten wir nicht verdient!

Von Verena Blix

Wir haben gekämpft und bis zur letzten Minute das Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern gesucht. Während wir noch die Wunden leckten, sagten sich aber bereits viele Hamburgerinnen und Hamburger: „Wann, wenn nicht jetzt?“ und füllten einen Aufnahmeantrag unserer Partei aus (mehr als 200 in Hamburg!).

Am 2. November konnten wir bereits eine Reihe dieser neuen Genossinnen und Genossen beim Neumitgliederabend begrüßen – auch am Mentoring-Programm beteiligten sich sowohl Neumitglieder als auch Interessierte, die uns vor ihrem Beitritt kennenlernen wollten. Der Kreisvorstand nahm die Anregung zu einer Kreis-Mitgliederversammlung auf und etwa 90 Genossinnen und Genossen nahmen das Angebot an, mit dem (inzwischen gewählten) Landesvorsitzenden Olaf Scholz darüber zu diskutieren, was die Gründe für unsere Wahlniederlage sind und was sich ändern sollte. Olaf Scholz versprach, dass der Landesparteitag nur der Anfang der Debatte über den Neuanfang sein solle und wir nun Schlussfolgerungen ziehen und auch Fehler zugeben müssen.

Die Genossinnen und Genossen des Kreises Hamburg-Nord hatten auch ein paar Ideen: Diskussionsverbote abschaffen, Machtoptionen für die Wahlen erhalten

(auch mit der Linkspartei), mehr Raum für Politik-Amateure (z.B. in Arbeitsgruppen), den Vertrauensverlust bei der Wählerschaft inhaltlich aufarbeiten und vieles mehr. Entsprechend wurde auch die Diskussion auf dem Landesparteitag sehr stark von den Delegierten unseres Kreises gestaltet (Danke dafür!). Schade, dass so wenig aus den anderen Kreisen kam! Schade auch, dass kein Beschluss über die Gestaltung des Neuanfangs gefasst werden durfte – dies hätte dieser Parteitag problemlos ausgehalten. Der Landesvorstand wird auf seiner Klausur am 27.11.09 mit dem neu gewählten Landesvorsitzenden die Arbeit für den Neuanfang aufnehmen und wir Landesvorstandsmitglieder aus Nord werden eure Forderungen dort einbringen können.



Eine Vortragsreihe zur Begriffsklärung

Unterschicht! Oder: Prekariat – mehr als ein Begriff?

Von Uwe Lammers, M.A.
(uwe.lammers@alumni-soziologie.de)

Franz Müntefering und Kurt Beck haben im Herbst 2006 einen Begriff und eine Debatte geprägt, die man erst einmal gründlich verstehen muss: Unterschicht!

Ein Wort, das verächtlich und endgültig klingt wie ein Hammer auf den Amboss, ein Stempel mit einem Ausrufezeichen. Ein Begriff, den jeder kennt, wahrscheinlich jeder mal benutzt, der Orientierung bietet und den jeder versteht. Oder etwa doch nicht?

Man muss erst einmal wieder einen Schritt zurückgehen, um den Blick zu schärfen, die Begriffe und die Debatte dahinter wirklich nachvollziehen zu können.

Man sollte auch nicht den Fehler machen, die Schwächeren oft für ihre Lage selbst verantwortlich zu machen. Nach dem Motto: Geh doch arbeiten! Und was heißt überhaupt „die Schwächeren“? Aber worum geht’s genau?

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung führte Anfang 2006 eine Studie unter dem Namen Gesellschaft und Reformprozess durch, um die politischen Einstellungen der Deutschen herauszufinden. Eines der Ergebnisse war, dass man von einem sog. „Abgehängten Prekariat“ sprach. Das sind, so die Studie, jene 8 % der Bevölkerung, die von sozialem Ausschluss und Abstieg geprägt sind. Davon seien überdurchschnittlich viele arbeitslos, ostdeutsch, männlich und Wähler der Linkspartei oder der extremen Rechten.

Kurt Beck interpretierte dies seinerzeit in seiner Funktion als SPD-Vorsitzender als „Unterschicht!“ Derselbe Beck, der einem Arbeitslosen öffentlich mal

empfehl, sich zu waschen und zu rasieren, dann klappe es auch mit der Arbeit. Arbeitsminister und Vizekanzler Franz Müntefering hielt dagegen, es gäbe in Deutschland keine Schichten, nur Menschen, die es offensichtlich schwerer hätten und schwächer seien. Die Presse damals bescheinigte der SPD ein „Unterschicht-Problem“. Und alle machten sich im Ergebnis gemeinsam über die SPD lustig.

Was bedeutet Prekariat?

Im wörtlichen Sinne bedeutet prekär (aus dem Französischen entlehnt) unsicher, misslich, schwierig, bedenklich.

Wenn in der Politik von Prekariat gesprochen wird, dann sind damit zumeist jene Menschen gemeint, die in schwierigen Verhältnissen leben. Zugeschrieben werden ihnen klischeehaft ihr Aussehen, ihre Erscheinung und ihre Einkommens-, Lebens- u. Wohnsituation.

Aufgrund ihrer mangelhaften Ausbildung und ihrer gesamten Lebenssituation arbeiten sie oft in sog.

atypischen und gewerblichen Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs, Hilfs- oder Aushilfsjobs, Leiharbeit oder sind dauerhaft arbeitslos in Kombination oft mit Alkoholproblemen und Schulden – wie man’s halt aus dem Fernsehen kennt. Sie leben eben am unteren Ende der Gesellschaft. Eben typische Unterschicht!

Dem Prekariat, den Leuten aus der Unterschicht, traut man auch seitens der Mittelschicht nichts zu. Sie entsprechen nämlich nicht der Mehrheitsgesellschaft, in der sich Leistung und Arbeit lohnt, so die herrschende Meinung. Also: Geh doch arbeiten!

Aus soziologischer Sicht sind Preka-

rität und Prekariat jedoch viel mehr als nur ein Begriff, der ausschließlich mit der sog. Unterschicht, den Faulen, Erfolglosen und Trinkern in Verbindung zu bringen ist. Prekarität reicht seit einigen Jahren bis weit in die Mittelschicht hinein. Literatur dazu gibt es mehr als genug.

Denn Prekarisierung meint neben materieller Not auch Verknappung von sozialen und politischen Rechten, die sich u. a. auch durch die Hartz-Gesetzgebung noch verstärkt und die recht „unsichtbar“ ist.

Hartz IV nur ein Teil des Problems

Wobei anzumerken ist, dass diese Reformen von Peter Hartz, Gerhard Schröder & Co. viel mehr sind als nur die bekannte und oft gescholtene Formel „Hartz IV“.

Auch mit der Veränderung des Sozialsystems in Deutschland auf der einen Seite und mit der strukturellen Veränderung der Arbeitsorganisation auf der anderen Seite, wird es für breite Schichten immer schwerer, sich zu etablieren.

Auch hoch qualifizierte, vorher mitten im Leben stehende Akademiker und frisch gebackene Absolventen sind bzw. werden arbeitslos, bekommen oft keinen Job, werden schlecht bezahlt oder zuweilen als Praktikanten eingesetzt. Sie arbeiten und publizieren – wie auch dieser Autor – ehrenamtlich und unbezahlt; oder sie arbeiten völlig unterfordert und schlecht bezahlt in ausbildungsfremden Tätigkeiten, wo sie die eigentlich angestammten Arbeitskräfte noch verdrängen. Hohe Schulden aufgrund des Studiums führen eine weitere Sackgasse.

Aber auch die durchgängige Ökonomisierung des Arbeitsmarktes im Shareholder Value fördert Unsicherheit und Abstieg. Neue flexible Lösungen für die Arbeitswelt lassen breite Schichten an Arbeitskräften, also auch die Supermarktkassiererin, den Lagerarbeiter, den Facharbeiter und den Postboten zurück.



Chronologie einer Sisyphusarbeit ...

Leiharbeit, Subunternehmer, Befristungen, Projektarbeit und Teilzeit (u.v.a.m.) haben sich von der ursprünglich positiven Ausnahme entfernt und sich umgedreht in die große Normalität.

Die Normalbiographie dagegen mit Lehre, Ausbildung, Studium und anschließend gut bezahlter Arbeit und planbaren Lohnerhöhungen bei, sagen wir, zwei, drei Firmen bis zur sicheren Rente oder auch der angenehme Teilzeitjob so nebenbei wird mehr und mehr die Ausnahme.

Sich einfach zu waschen und zu rasieren reicht auch oft nicht immer nur aus, um einfach Arbeit zu bekommen. Eher ist solche Argumentation und Denkweise sozialverächtlich.

Sicherlich wird es immer diesen einen oder anderen sog. arbeitsmarktfernen Typen geben, die sich mit Sozialleistungen, Bier und Tabak und dergleichen einrichtet, welcher immer wieder populistisch als Ausrede angeführt werden („Guck sie Dir doch an!“), aber das als allgemeingültige Tatsache anzuführen, greift an der Realität und Ursache des Prekariats und der Arbeitswelt vorbei. Nun ist aber sicherlich nicht auch jeder Akademiker arbeitslos oder breite Schichten der Arbeitnehmer leiden unmittelbare Not.

Was sind die Ursachen der Prekarisierung?

Vielmehr ist zu hinterfragen, welche politischen und sozialen Bedingungen dazu führen, dass aber sehr wohl breite Schichten entweder keinen Zugang zum adäquaten Arbeitsmarkt bekommen oder andere schon völlig resigniert haben.

Der Alumni-Verein Hamburger Soziologen und Soziologinnen e.V. wird vom 15.4.–1.7.2010 an 7 Terminen (donnerstags, 18–20 Uhr) mit freundlicher Unterstützung durch Alfons Grundheber vom DGB Nord eine Vortragsreihe gestalten. Titel wird sein „Sociology Meets Reality: Prekariat – mehr als ein Begriff?“. Dort werden Vertreter aus Wissenschaft und Praxis Stellung beziehen und die Zusammenhänge aufzeigen.

Bisher haben folgende Gäste zugesagt: Prof. Dr. Klaus Dörre (Uni Jena), Dr. Kolja Rudzio (Wirtschaftsredakteur der ZEIT), Richard Detje (Autor und Redakteur beim VSA Verlag) und Ulla Ralfs (Dozentin des Fachgebiets Soziologie am FB Sozialökonomie; Uni Hamburg/ehem. HWP). Mehr bald unter www.alumni-soziologie.de. ●

... bezüglich des Versuches, Schauspieler einzubinden in Errungenschaften, die jedem normalen Werktätigen zustehen.

Von Rolf Jahncke

Nach 15 Jahren Tätigkeit als Schauspieler und Regisseur in Süddeutschland – Hauptwohnsitz Stuttgart – engagierte mich 1964 Hans Fitze an sein „Altonaer Theater“. Wie die meisten Kolleginnen und Kollegen hatte ich bald auch gut bei Film und Fernsehen zu tun, denn in meiner Geburtsstadt Hamburg wurde viel gedreht. Nur die Tagesgagen waren weniger erfreulich. Sie lagen je nach Bekanntheitsgrad zwischen 350 und 700 DM. Diese mussten so versteuert werden, als wenn man das jeden Tag verdienen würde.

Die Anfänge

Die GDBA als einzige existierende Bühnenschauspielergewerkschaft sah sich außer Stande, auch für Filmschaffende tätig zu werden. Da kam auf einer Kollegenversammlung im damaligen Jungen Theater in der Marschnerstr. die DAG auf uns zu und bot an, eine extra Berufsgruppe nur für Film- und Fernsehchaffende zu gründen. Fast alle Kolleginnen und Kollegen traten bei und die BFF entstand. In München kamen in den Vorstand u.a. Holger Hagen, Immy Schell, Gisela Groth usw., in Berlin Eckard Fritsch, kurzfristig G. Pfitzmann u. a., in Hamburg anfangs Alex Welbat, Werner Schumacher, Karin Lieneweg u. a. Ich war im Vorstand und hatte den Stammtisch im Landsknecht organisiert.

Schumacher und Lieneweg machten durch starke Öffentlichkeitsarbeit die BFF bald bei Produzenten, Politikern und anderen relevanten Gruppen bekannt. Kurz, einige Zeit später aber hörten aus verschiedenen Gründen die Drei auf und bei einer Wahl kam ich an die Spitze des Betreuungsbereiches Nord und so auch in den Bundesvorstand. Dort leistete Holger Hagen als Generalsekretär wertvolle Vorarbeiten.

Alles was ich nun erklärend schreibe, darf nicht so klingen, als hätte ich alles ganz alleine gemacht. Immer wurden die anderen Vorstandskollegen zu Rate gezogen, der hauptamtliche Sekretär, Stefan

Meuschel, leistete wertvolle Arbeit und Hilfe. Nur habe ich eben viele direkte Verhandlungen geführt und teilweise die Ergebnisse unterschrieben. Solche schwerwiegenden Aufgaben kann man nur in „Teamarbeit“ wirklich erfolgreich zum Abschluss bringen.

Bundesvorsitzende wechselten schnell, bis bald Jürgen Scheller gewählt wurde und dieses Amt bis zu seinem Tode behielt. Er war ein Glücksfall, denn seine Bekanntheit öffnete fast alle Türen, gerade diejenigen, die für uns so wichtig waren. Leider wurde seine witzige Art, die oft als schnodderig empfunden wurde – nun, er war Potsdamer – von Politikern nicht immer goutiert, so baten wir ihn oft, engere Verhandlungen uns zu überlassen.

Die Erfolge

Das soll im Moment genügen, nun zu den Erfolgen, von denen ich nur drei nennen will:

1. In Hamburg gab es in den 60er und 70er Jahren sehr viele Werbefilm-Firmen. Einige wenige zahlen für ein Casting bis zu 100 DM, andere keinen Pfennig. Das verdross die Zahlenden, denn sie konnten sich nur wenige Bewerber kommen lassen. Die anderen aber jede Menge. Klugerweise hatten die Firmen keinen Produzentenverband gegründet, so musste ich mit jeder Firma einzeln verhandeln. Der entstandene Kompromiss brachte für alle Kolleginnen und Kollegen ein Castinggeld von 50 DM, abzüglich Steuer und es entstand die allseits berühmte Summe von 47 DM plus einigen Pfennige, die sofort ausbezahlt wurden. Soviel ich weiß, wird heute kein Geld mehr bezahlt.
2. Der zweite Punkt war, bessere Versicherungen zu schaffen, und dies in Verbindung mit vielen anderen Künstlervertretungen. Es fanden sich zusammen z. B. Maler, Musiker, freie Journalisten, Schriftsteller und viele weitere. Leider ging die sozial-liberale Koalition ihrem Ende entgegen, so wurde das „KSVG“ (Künstlersozialversicherungsgesetz) nicht ganz so, wie wir es gerne gehabt hätten, aber in Bonn sagte man uns, die-

ses oder keines, denn die CDU will es nicht. Also unterschrieben wir. Ich habe alleine mit dem 1. Direktor der Künstlersozialkasse, Herrn Hartleb, in Wilhelmshaven in einem leeren Haus diese Kasse mit eingerichtet. Auch habe ich in Hamburg zwei Großveranstaltungen organisiert, in denen Herr Hartleb allen anwesenden Künstlern das Gesetz erklärte. Dass es nicht für alle Schauspieler in Frage kommt, erklärt sich aus dem oben Gesagten. Wie auch immer, es existiert noch.

3. Als Drittes möchte ich den Punkt aufgreifen, den ich anfangs schon erwähnte: Die Abrechnung von Tagesgagen nach Tagestabelle war ein Unding. In Verhandlungen mit dem Finanzministerium erreichte ich die Verfügung, dass Tagesgagen nach Monatstabelle abgerechnet werden, kommen in dem Monat weitere Engagements hinzu, werden sie dem Monatseinkommen zugeschlagen.

Die Grüne Karte

Das ließ ich auf ein scheckkartengroßes grünes Faltblatt drucken und jeder/jede trug es bei sich und legte es den Produktionen vor.

Die „grüne Karte“ war bei den Produzenten bald ein Schrecken, so setzten sie alles daran, die Verordnung wieder zu Fall zu bringen. Wahrscheinliche Begründung: Unzumutbarer Mehraufwand an Abrechnung usw., bis zur Behauptung, man habe dafür zusätzlich eine Sekretärin einstellen müssen. Ja, nach wenigen Jahren war die Herrlichkeit für uns vorbei. Wie es heute ist, weiß ich wie gesagt nicht. Um niemanden zu verprellern, möchte ich erklären, dass dies alles Gedächtnisprotokolle sind, die fehler- und lückenhaft sein können.

Das ist eine stark verkürzte Darstellung aller Aktivitäten. Es wurde 1994 noch die Fachgruppe „Kunst & Medien“



gegründet, wir vergaben jedes Jahr den „Paul-Klinger-Preis und konnten viele positive Dinge für alle Künstlerberufe auf den Weg bringen.

Leider musste die DAG 2001 aufgeben, damit war alles zu Ende und ich habe alle Ehrenämter aufgegeben und alle Unterlagen, die mehrere Aktenordner füllten, vernichtet. Was sollte ich noch damit?

Nun bin ich mit 86 Jahren zwar immer noch gerne dabei, wenn es gilt zu helfen, aber aktiv kann und will ich nicht mehr werden. Der kürzliche Kampf um leichteren Zugang zum Arbeitslosengeld wurde erfreulicherweise noch von der „großen Koalition“ positiv beendet. Hoffentlich bleibt es dabei!

Hier unser damaliger Aufkleber, der quasi auch das Logo war und die grüne Karte, beides verkleinert.

Erlaß des Bundesministers der Finanzen im Einvernehmen mit den Länderfinanzministern (-senatoren) vom 29. Juli 1976 (54 - S 2367 - 1/76):

Verlängerung des Lohnzahlungszeitraumes auf einen Monat
Der Arbeitgeber vereinbart mit dem Arbeitnehmer, daß für das in einem Monat anfallende Honorar der Monat als Lohnzahlungszeitraum angesehen wird. Auf den Zeitpunkt der Leistung des Arbeitsnehmers und die Dauer seiner Beschäftigung wird dabei nicht besonders abgestellt. Dem Lohnzahler wird die dem Arbeitgeber vorgelegte Lohnsteuerkarte zugrunde gelegt. Voraussetzung für die Anwendung dieses Verfahrens ist, daß die Lohnsteuerkarte für den betreffenden Monat noch keine Eintragung enthält.

Permanente Monatsabrechnung:
Liegen diese Voraussetzungen vor, so kann der Steuerabzug vom Arbeitslohn für die während eines Monats anfallenden Lohnzahlungen nach der Monatstabelle auch dauerhaft vorgenommen werden, daß die früheren Lohnzahlungen desselben Monats mit in die Steuerberechnung für den betreffenden Monat einbezogen werden (permanente Monatsabrechnung). Dieses Verfahren kann grundsätzlich unabhängig von der auf der Lohnsteuerkarte eingetragenen Steuerklasse angewandt werden.

Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 20. Juli 1976 (IV B 6 - S 2367 - 22/76):

Permanente Lohnsteuerjahresausgleich
Für bestimmte Fälle ist eine Verlängerung des Lohnzahlungszeitraumes auf einen Monat sowie eine permanente Monatsabrechnung zugelassen worden (siehe oben). Darüber hinaus kann der Steuerabzug vom Arbeitslohn unter den in § 39h Abs. 2 letzter Satz EStG bzw. in Abschnitt 88 Abs. 2 UStR genannten Voraussetzungen unter Anwendung der Jahreslohnsteuerabelle unabhängig davon vorgenommen werden, welche Steuerklasse auf der Lohnsteuerkarte des Arbeitnehmers eingetragen ist (permanente Lohnsteuerjahresausgleich).

Gewerbemiete aus kommunalpolitischer Sicht

Ein bekanntes kommunalpolitisches Anliegen ist die Sorge um die Einkaufsbereiche der einzelnen Quartiere. Viele traditionelle Geschäfte können sich häufig nicht in den Quartieren halten. Sie schließen entweder ersatzlos oder werden von großen Einzelhandelsketten verdrängt

Von Jan Freitag

Der Anlass, dass sich die SPD Ependorf (unter Mithilfe des Genossen Chris Leineweber) dieses Themas angenommen hat, war sozusagen ein „Vermächtnis“ unseres leider verstorbenen, ehemaligen Vorsitzenden der Bezirksfraktion Ulli Schönfeld. Ulli kam kurz vor seinem plötzlichen Tod auf uns

zu und wollte mit uns über dieses Thema „gewerbliches Mietrecht“ diskutieren.

Wir haben es als Aufgabe gesehen, über unseren AK Kommunales (unter der Leitung von Helmut Lensch), dieses Thema, welches Ulli offenbar schon seit Jahrzehnten beschäftigte, auch nach seinem Tod weiter zu bearbeiten. Wir haben in mehreren Sitzungen des AK Kommunales die unten stehende Ausarbeitung ent-

wickelt und möchten dieses wichtige kommunalpolitische Themenfeld gern auch der SPD Hamburg-Nord zur Verfügung stellen:

Für Geschäftsräume gelten grundsätzlich die allgemeinen Vorschriften des BGB. Der Mietvertrag hat seine Bedeutung vor allem in der Wohnungsvermietung. Der Gesetzgeber hat nämlich für die Wohnraumvermietung eine Vielzahl

von Vorschriften entwickelt, die dem Schutz des Mieters gelten (§§ 549 bis 577a BGB).

Kündigung ohne Kündigungsgrund möglich

Für die Anmietung von sonstigen Räumlichkeiten gelten diese Schutzvorschriften nicht, weshalb beispielsweise eine Kündigung auch ohne bestimmten Grund zulässig ist. Ferner gibt es auch keine gesetzlichen Vorschriften zur Miethöhe. Im gewerblichen Bereich ist somit nur die Wuchergrenze gemäß den §§ 134, 138 BGB, § 302a StGB zu beachten. Zur Beendigung des Mietverhältnisses ist bei gewerblichen Räumen die Kündigung gemäß § 580a Absatz 2 BGB bis spätestens zum 3. Werktag eines Kalendervierteljahres zum Ablauf des nächsten Kalendervierteljahres zu erklären.

Andere Länder sind weiter als wir

In anderen europäischen Ländern wird das Interesse des Gewerberaummieters offensichtlich besser geschützt als in Deutschland. Beispielsweise ist im französischen Recht der Mietvertrag wesentlicher Bestandteil des Unternehmens, da der Händler mit Verlust seines Standortes sogleich auch seine Kundschaft verlieren würde. Kernstück der dortigen Gesetzgebung ist der Anspruch des Mieters auf Erneuerung des Mietvertrages, den der Vermieter nur durch Zahlung des Wertes der Kundschaft ausräumen kann. Dem Eigentum an den Räumen, das dem Vermieter zusteht, wird also das Recht an den Räumen aufgrund des Mietvertrages als „kaufmännisches Eigentum“ gegenübergestellt. Verweigert der Vermieter die Erneuerung des Mietvertrages, so kann der Mieter das Gericht zur Festsetzung der Kündigungsentschädigung anrufen. Die Kündigungsentschädigung entspricht prinzipiell dem Marktwert des Unternehmens, gegebenenfalls erhöht um die Kosten des Umzuges und der Wiedereinrichtung, wenn sie normal hoch sind sowie die Verkehrssteuern, welche beim Erwerb eines Unternehmens gleichen Wertes anfallen.

Gescheiterte Bundesratsinitiative 1994

Auch in Deutschland hat es – zumindest begrenzt – den Versuch gegeben, den Schutz von Mietern von Geschäftsräumen zu verbessern. 1994 beschloss der Bundesrat einen Gesetzentwurf zum Schutz der Mieter von Geschäftsraum in den Ländern Berlin und Brandenburg. Dieser fand jedoch in dem damals schwarz-gelb dominierten Bundestag keine Mehrheit. Der Gesetzentwurf ging davon aus, dass in bestimmten Gebieten der Länder Berlin und Brandenburg die Mieter von Geschäftsräumen vor existenzgefährdenden Kündigungen der Mietverhältnisse sowie vor extremen Erhöhungen der Mietzinsen geschützt werden müssen. Deshalb sollten die Mieter von Geschäftsräumen in durch Rechtsverordnung bestimmten Gebieten der Länder Berlin und Brandenburg vor existenzgefährdenden Kündigungen und extremen Mieterhöhungen geschützt werden, ohne dass die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes und das verfassungsgemäße Recht des Vermieters gefährdet werden, sein Eigentum in einem am Gemeinwohl ausgerichteten Rahmen zu nutzen und darüber zu verfügen. In Anlehnung an die Schutzvorschriften für Wohnraummieter sollte für die Kündigung ein berechtigtes Interesse des Vermieters erforderlich sein, welches allerdings weiter gefasst wurde als im Wohnraummietrecht. Dem überproportionalen Mietzinsanstieg sollte



bei Neuvermietungen mit einer Kapazitätsgrenze von 30 % begegnet werden. Um dennoch die Investitionsbereitschaft zur Schaffung zusätzlichen Geschäftsraumes zu fördern, sollte die Miete bei neu geschaffenem bzw. umfassend modernisiertem Geschäftsraum frei vereinbar sein. Die damalige Bundesregierung und die sie unterstützende Mehrheit im Bundestag lehnten diesen Entwurf ab, da die rechtliche Lage der Mieter von Gewerberäumen

durch die Verlängerung der Kündigungsfristen von 3 auf 6 Monate in 1993 ausreichend verbessert worden sei. Darüber hinaus würde der Entwurf den Strukturwandel im Bereich des Einzelhandels, des Handwerks und der Dienstleistungsbetriebe behindern. Das angestrebte Ziel, die Urbanität in den Stadtzentren zu erhalten und zu verbessern ließe sich damit nicht erreichen. Vor allem würde gegen den Entwurf sprechen, dass das Geschäftsraummietrecht, welches seit mehreren Jahrzehnten auf den Grundsätzen der Vertragsfreiheit und der freien Preisbildung beruhe, sich bewährt habe. Die vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen würden dagegen keinen zusätzlichen Gewerberaum schaffen. Sie bewirkten eher eine Verknappung des Angebotes, da Investoren im Gewerberaum dann nur schwer mit anderen Anlageformen konkurrieren könnten. Darüber hinaus sei es nicht praktikabel, das Vergleichsmietensystem des Wohnraummietrechtes auf Gewerberäume zu übertragen. Geschäftsraumlagen könnte von Straße zu Straße unterschiedlich sein. Die Bandbreite der Mieten könne – je nach tatsächlicher Nutzung – sehr weit sein, dies ließe sich kaum in ttPreisgruppen fassen. Auch sei es nahezu ausgeschlossen, Umgehungen der Mietzinsregelungen sowie einen grauen Geschäftsraummarkt, mit dem in seinen verschiedenartigen Erscheinungsformen realistischere gerechnet werden müsse, zu unterbinden.

Darüber hinaus würde ein auf bestimmte Gebiete beschränktes Geschäftsraummieterschutzgesetz die Rechtseinheit im wiedervereinigten Deutschland in Frage stellen.

Schutz vor Mietpreiserhöhungen

Zumindest dem letzten Argument könnte mit einem einheitlichen, die gesamte Bundesrepublik betreffenden Vorschlag der Grund entzogen werden. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang jedoch, dass die Bundestagsfraktion der SPD zwar bereits im Oktober 1990 einen Antrag stellte, wonach gewerbliche Mieter vor existenzgefährdenden Mietpreiserhöhungen geschützt werden, die Kündigungsschutzfristen für gewerbliche Mieter auf ein Jahr verlängert werden und die Beratung für gewerbliche Nutzer in Mietvertrags- und Mieterschutzfragen verbessert werden sollten. Offensichtlich wurde dieser Vorschlag in folgenden Gesetzesänderungen jedoch nicht hinreichend berücksichtigt. Denn auch in mittlerweile über 10 Jahren Beteiligung an der Bundesregierung hat unsere Partei (trotz der Vorgeschichte) keine Initiativen mehr ergriffen.

Fazit: Es gibt u.E. zwar ein klares politisches Ziel (auch mit Blick auf den Einzelhandel „bunte“ Quartiere), aber keine klaren politischen Fronten. Denn es stellen sich beim Thema Gewerbemietrecht viele Fragen, insbesondere auch nach der Praktikabilität. Wir sehen daher unsere Beschäftigung mit diesem Thema zunächst als Diskussionsansatz.

Lieber Olaf!

Deine Parteitagsrede vom 6. November 2009 hat viele in vielen Punkten überzeugt; das Ergebnis der dem folgenden Wahl dokumentiert dies eindrucksvoll. Überzeugt hat auch Deine Aufforderung zu sachlicher, offener und ehrlicher Diskussion. Ich versuche dem zu entsprechen, indem ich zu Deinen Ausführungen zwei kritische Anmerkungen mache:

1. Deiner Aussage, dass jeder Tüchtige und Gutwillige die Chance haben muss, von den Erträgen seiner Arbeit anständig zu leben, stimme ich uneingeschränkt zu; und mit Dir ziehe ich daraus die Konsequenz, dass Bildung und Ausbildung so organisiert werden müssen, dass die Qualifikation der Menschen dem Anforderungsprofil des Arbeitsmarktes möglichst weitgehend entspricht. Auch Deine Devise, niemand dürfe ohne Berufsqualifikation bleiben, verdient Unterstützung.

Sie ist allerdings insoweit problematisch, als sie in Vergessenheit geraten lassen könnte, dass der Arbeitsmarkt einen hohen und weiter steigenden Anteil von Beschäftigungsmöglichkeiten bietet, die nicht irgendeine, sondern eine umfassende und/oder spezielle Qualifikation voraussetzen und dass auch ein optimal entwickeltes Bildungs- und Ausbildungssystem nicht verhindern kann, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter dem nicht entspricht. Diese Menschen allein auf gegebene und neue Qualifikationsangebote zu verweisen, wird ihnen nicht gerecht und heißt, sie in perspektivloser Situation zurückzulassen.

Wer nicht spürt, dass dies zutiefst unhuman wäre, sollte jedenfalls erkennen, dass die Marginalisierung eines zunehmenden Teils unserer Gesellschaft Gefahren für uns alle mit sich brächte. Die aktuellen Anzeichen von Gewalttätigkeit und die Tendenzen des Rückzugs von Reichen hinter Zäune und Mauern sollten als Warnzeichen verstanden werden.

Neben mehr und besserer Qualifizierung brauchen wir deshalb auch eine Weiterentwicklung des Beschäftigungssystems, die vom Wirken des (Arbeits)marktes allein nicht zu erwarten ist. Unabdingbar ist vielmehr staatliches Handeln, das sich bewusst von der Tradition ausschließlich betriebswirtschaftlicher Sichtweisen abwendet.

Konkret heißt das: Es müssen gezielt Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten und geschaffen werden, die jenen, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes (noch) nicht gewachsen sind, Arbeit und Einkommen sichern.

Zweifellos kostet das Geld. Die aus ethischen Gründen ohnehin nicht akzeptable Alternative allerdings – wir finden uns damit ab, dass ein Teil der Gesellschaft faktisch abgeschrieben und abgekoppelt wird und nehmen die daraus resultierenden individuellen und gesellschaftliche Konsequenzen in Kauf – hätte am Ende noch weiter reichende Konsequenzen, auch finanzielle.

2. Heftigen Widerspruch verdienen Deine Ausführungen zur Schulpolitik. Du plädiert für ein Schulsystem, das sich nach

der Grundschule in Stadteilschulen und Gymnasien gliedert; und indem Du auf dieser Basis einen breiten, auf Dauer angelegten Kompromiss anstrebst, schreibst Du das im Grundsatzprogramm unserer Partei formulierte Ziel des längeren gemeinsamen Lernens faktisch ab. Dass Du Dich dabei auf Kompromissformulierungen berufen kannst, die der Landesparteitag der Hamburger SPD gefunden hat, macht die Sache nicht besser.

Richtig schlimm wird es, wenn Du den Initiatoren einer plebiszitären Entscheidung gegen die Primarschule Mut machst, indem Du versprichst, im Falle ihres Erfolges werde die SPD der CDU die Hand zu einem schulpolitischen Kompromiss auf der Basis des „2-Säulen-Modells“ reichen und sich für unabsehbare Zeit von der sozialdemokratischen Vision einer Schule für alle verabschieden.

Hast Du nicht bedacht, wie ein solches Angebot bei jenen ankommen muss, die sich traditionell mit uns zur Linken und linken Mitte zählen und in politischer Gegnerschaft zur CDU sehen? Willst Du riskieren, dass ein mit der CDU und gegen GAL, DIE LINKE, GEW etc. geschlossener bildungspolitischer Burgfrieden unsere Möglichkeit, Hamburgische Politik mitzugestalten, auf die Perspektive einer schwarz-roten Koalition reduziert?

Und erkennst Du nicht die Gefahr, dass sich die so von uns im Stich gelassene GAL darauf konzentrieren könnte, das Bündnis mit der CDU zu perpetuieren und notfalls um die FDP zu ergänzen, die sicher keine Probleme hätte, die ihr zugeneigten Primarschulgegner rechts liegen zu lassen, wenn es um die Teilhabe an Regierungsmacht geht?

Nachdem wir teuer dafür bezahlen mussten, dass wir allzu lange auf die Marginalisierung und Dämonisierung von PDS und DIE LINKE gesetzt haben, droht jetzt eine schulpolitische Unvereinbarkeitserklärung mit der GAL unsere Bündnisfähigkeit und damit unsere Machtperspektive einzunengen.

Vielleicht setzt Du ja auf eine Strategie, die klammheimlich auf den Fehlschlag der Initiative gegen die Primarschule und darauf setzt, dass sich der Hamburische Schulkampf auf diese Weise erledigt.

Auch das hielte ich für höchst riskant: Am Ende stünde die SPD als die Kraft dar, die es nicht geschafft hat, längeres gemeinsames Lernen zu verhindern. Ein Verlierer und zudem ein unglaubwürdiger (siehe unser Grundsatzprogramm) – gibt es Schlimmeres?

Noch gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass wir „die Kurve kriegen“, d.h. die sich anbahnende schulpolitische Weichenstellung als Schritt in die richtige Richtung akzeptieren und alles tun, was die Konservativen daran hindert, die Primarschulreform in ihrem Sinne auszugestalten, indem einzelne Primar- und Gymnasialschulen Kooperations- und Langformen entwickeln, was letztlich auf eine soziale Selektion der Schülerschaft schon zum Zeitpunkt der Einschulung hinausläufe.

Dagegen Sturm zu laufen und sich dabei der Mitwirkung aller fortschrittlichen bildungspolitischen Kräfte zu vergewissern – das wäre eine Oppositions-politik, die Erfolg versprechend wäre.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jürgen Näther

Man muss es jedenfalls versuchen ...

Die Sozialpolitik muss ein Glanzpunkt im politischen Angebot der SPD sein. Ohne Glaubwürdigkeit auf diesem Feld landet die SPD in der politischen Bedeutungslosigkeit

Von Matthias Woisin (Sprecher des AK Sozialpolitik)

Mit dem Arbeitskreis Sozialpolitik hat der Kreisvorstand deshalb vor knapp zwei Jahren begonnen, durch harte fachpolitische Arbeit gerade hier neue Akzente zu setzen.

Erfolgreiche Initiativen des AK Soziales

Mehr als ein halbes Dutzend Initiativen des Kreises Nord fanden seither Mehrheiten auf dem Landesparteitag, sogar der Bundesparteitag hat sich im November mit zwei Anträgen aus Nord beschäftigt und einen davon beschlossen. Mit unserer Initiative zur Rentenpolitik, die der Kreisvorstand im März 2009 an den Parteirat geleitet hat, haben wir darüber hinaus die erweiterte Rentenschutzklausel, die der Bundestag am 19.6.2009 beschlossen hat, erfolgreich unterstützt. Und unsere Initiative vom September 2008 zugunsten der Schauspieler, um ihnen wieder Zugang zum Arbeitslosengeld I zu verschaffen, wurde noch im Juli 2009 von einer Gesetzesänderung belohnt: Seit 1. August 2009 gelten hier spürbar bessere Bedingungen. Zu diesen Erfolgen haben viele beigetragen, besonders der damals amtierende Arbeitsminister Olaf Scholz, aber wir dürfen für uns in Anspruch nehmen, mit unseren Möglichkeiten dabei geholfen zu haben. Man muss es eben immer wieder versuchen. Deshalb bleibt der AK Sozialpolitik unverdrossen fleißig.

Beitrag aus Nord für den Neuanfang

Für den inhaltlichen Neuanfang im Januar wird der Kreis Nord jetzt eine Menge beitragen können:

1. Soziale Politik in einer Großstadt wie Hamburg muss für gute und bezahlbare Wohnungen sorgen. Aber die Zahl der Sozialwohnungen geht ständig zurück, weil immer mehr Wohnungen aus der Belegungsbindung fallen. Zudem werden nicht genug neue Wohnungen gebaut – 6.000 pro Jahr müssten es sein, schätzt der Mieterverein, aber nur rund 1000 will die grüne Bausenatorin bauen. Die Folge sind Wohnungsmangel und steigende Mieten. Daran will auch der Senat verdienen: Städtische SAGA und GWG treiben die Mieten ihres großen Wohnungsbestandes breitflächig nach oben, um den Staatshaushalt zu entlasten. Die SPD in Hamburg hat darauf schon immer zwei Antworten: Mehr bauen und die stadteigenen Wohnungen nicht verkaufen. Der AK Sozialpolitik hat nun – mit Hilfe von Dr. Burchard Bösch vom Zentralverband – eine zusätzliche Idee ins Spiel gebracht: Massive Förderung des Genossenschaftswesens, bessere rechtliche Rahmenbedingungen und Neugründungen. Außerdem sollten die städtischen Wohnungen schrittweise in die Hand der Mieter kommen, wenn sie sich als Genossenschaft organisieren. Auf diese Weise soll ein stabiler, sozialer Sektor im Wohnungsmarkt dauerhaft gesichert werden. Vorgeschlagen wird die Einsetzung einer Projektgruppe auf Landesebene, um die schwierigen Sachfragen zu bewältigen.

2. Unser Thema „Genossenschaften“ gewinnt in Hamburger

Künstlerkreisen zunehmend Aufmerksamkeit. Nicht nur bei den Initiatoren des Protests in Sachen „Gängeviertel“, sondern auch bei den Bühnenkünstlern der freien Theaterszene. Im AK Sozialpolitik werden wir dazu am 20. Januar 2010 den Leiter der Hamburger Off-Bühne „Sprechwerk“, Andreas Lübbers, zu Gast haben.

Wissen ist Macht

Brechend voll war das Kreisbüro als am 8.10.2009 der AK Sozialpolitik gemeinsam mit der Bildungsreihe des Kreises „Wissen ist Macht“ das Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“ diskutierte. Sönke Klages eröffnete mit einem halbstündigen Referat die lebhafteste Diskussion. Visionäre Befürworter und altsozialdemokratische Skeptiker hielten sich die Waage. Von gestandenen Gewerkschaftern kam klare Ablehnung. Außerhalb der SPD gewinnt die Idee immer stärkere Aufmerksamkeit. Der AK Sozialpolitik hat deshalb eine Empfehlung formuliert, auf Landesebene eine Fachtagung auszurichten, um abschließend zu einer klaren Haltung zu gelangen. Die Tagung soll Interessierte auch außerhalb der SPD, namentlich aber die Gewerkschaften ansprechen.

3. Eines der Grundübel bei den „Hartz-IV“-Reformen war von Anfang an die schrankenlose Formel im zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II), wonach jede Arbeit zumutbar sei.

„Zumutbarkeit“ unzumutbar

Diese Formel ist eine wesentlichen Ursachen für die millionenfache Demütigung, die beruflich qualifizierte Arbeitslose von Amts wegen erfahren. Und für ihren Abstieg in den Niedriglohnsektor. Kaum jemand weiß, dass es nicht die SPD, sondern die christdemokratischen Ministerpräsidenten waren, die diese Formel 2003 im Vermittlungsverfahren durchgesetzt haben. Der Kreisvorstand hat deshalb im Mai eine Antragsinitiative zu § 10 Abs. 5 des SGB II beschlossen, die jetzt auf KDV und LPT zulaufen soll. Dazu passt, dass der Bundesparteitag am 15.11. einen Antrag aus Mecklenburg an die Bundestagsfraktion geleitet hat, der jedoch leider hinter unseren Vorstellungen zurückbleibt. Wir müssen uns also sputen.

4. Im Kreis Wandsbek hat eine Arbeitsgruppe „Rentenreform“ ein Antragspaket entwickelt und Mitte August bereitgestellt, das der SPD helfen könnte, das umstrittene Konzept „Rente mit 67“ hinter sich zu lassen. Fachlich trifft es auch außerhalb der Partei auf lebhafteste Zustimmung. Kreis Nord sollte diese Anstrengung kraftvoll unterstützen.

Auf Gesetzesänderungen kann man als Oppositionspartei nicht unbedingt hoffen, obwohl nicht mal das ohne Aussicht ist, wenn man sich auch außerparlamentarisch gut aufstellt. Umso wichtiger wird deshalb jetzt die Sacharbeit in der Partei. Der AK Sozialpolitik steht allen Interessierten offen, die an handfester Fachpolitik mitwirken möchten. Themen und Termine für das erste Halbjahr 2010 stehen im Internet und bei den Terminhinweisen.

Das „Langenhorner Bürger-Forum“ – ein Stück mehr Bürgernähe im Norden Hamburgs

Die letzte Bundestagswahl hat mit ihren zahlreichen und für eine demokratische Gesellschaft desaströsen Nicht- oder Protestwählern wieder einmal deutlich gemacht: Die Politik und die politischen Parteien haben ein „Image-Problem“.

Von *Gulfam Malik*

Und das gilt für alle Parteien gleichermaßen; für einige weniger, für andere mehr. „Politikverdrossenheit“, „Vertrauensverlust“ und „fehlende Bürgernähe“ sind die Punkte, die hier als Ursache immer wieder angeführt werden und denen es entgegenzusteuern gilt: Denn gerade wir Deutsche haben unserer Geschichte leidvoll und sehr schmerzhaft erfahren müssen, was es bedeuten kann, wenn das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratisch gewählten Vertreter verloren geht.

Und Gegensteuern heißt, dass den Menschen wieder deutlich gemacht wird, dass Politik nicht etwas ist, „was irgendwo „Da Oben“ ohne Einwirkungsmöglichkeit des Einzelnen zelebriert wird, dass man sich auf Worte, Aussagen und Versprechen vor einer Wahl wieder verlassen kann und dass das Wort „Bürgernähe“ nicht nur eine leere Worthülse ist, die man nach Gebrauch, also nach der Wahl, wieder vergessen kann.

Das heißt auch, den Menschen nicht nur wieder Vertrauen zu geben, sondern sie auch zur Teilhabe und zur aktiven Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu motivieren.

Gerade als Bezirksabgeordneter, dessen Aufgabe es ist, auf kommunaler Ebene den Kontakt, den Dialog, das Gespräch mit den Menschen vor Ort zu pflegen, ihre Sorgen und Nöte, ihre Wünsche, Ideen und Anregungen aufzunehmen und ihnen, wenn möglich, Geltung zu verschaffen, ist die „Bürgernähe“ täglich Brot, wenn er seiner Aufgabe, für die er gewählt worden ist, gerecht werden will.

Von dieser Erkenntnis zu einer Idee ist manchmal nur ein kleiner Schritt. Ich habe deshalb ab September dieses Jahres für die Bürgerinnen und Bürger in den nördlichen Stadtteilen des Bezirkes, also Langenhorn, Fuhlsbüttel, Alsterdorf und Groß Borstel, ein ständiges Bürgerforum gegründet:

Das „Langenhorner Forum“, das den Menschen vor Ort in einem netten Restaurant am Langenhorner Markt jeden zweiten Sonnabend im Monat bei einem kleinen Frühstück die Möglichkeit zu einem „politischen Klönschnack“ bietet und den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur die neuesten kommunalpolitischen Nachrichten vermittelt, sondern für sie auch eine Plattform ist, auf der sie mit ihren Wünschen und Anregungen aktiv an der Politik teilnehmen und wieder teilhaben können.

Kompetente Experten aus der Kommunal-/Landes- und Bundesebene

Neben der aktuellen Lokal- und Kommunalpolitik steht jedes Forum gleichzeitig unter einem wechselnden Leitthema, zu dem entsprechende Experten aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sowie aus der Verwaltung oder z.B. aus dem Be-

reich sozialer oder anderer gesellschaftspolitisch relevanter Verbände, Vereine oder Einrichtungen eingeladen werden, die auch zu kritischen Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Rede und Antwort stehen.

So stand das erste Forum mit Christian Carstensen unter dem Leitthema der Auswirkungen von politischen Entscheidungen auf Bundesebene auf die ganz konkrete regionale Politik vor Ort, auf den einzelnen Menschen.

Das zweite Forum war den Themen Bildung und Stadtentwicklung auf Landesebene mit ihren ganz nachhaltigen Einwirkungen auf die Lebensqualität in den Stadtteilen, in denen die Menschen wohnen, arbeiten, sich freuen oder sich Sorgen machen.

Im November-Forum wird der Bezirksamtsleiter, Wolfgang Kopitzsch, zu aktuellen Themen und Problemen in den nördlichen Stadtteilen aus Sicht der Verwaltung Stellung nehmen und auch „brandheiße Infos“ über den Entscheidungsstand geben.

In den Dezember- und Januar-Veranstaltungen werden auf Vorschlag und Anregung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Themen „Sozialpolitik und ihre konkreten Ein- und Auswirkungen auf die einzelnen Menschen“ sowie die „Integration“ sein. Wobei gerade letzteres Thema im Bezirk eine neue Qualität erhalten hat: Aufgrund eines von mir initiierten Antrages der SPD-Fraktion hat die Bezirksversammlung HH-Nord mit einem dann interfraktionellen Antrag ein Integrations-Leitbild beschlossen, das insbesondere die Einrichtung von „Runden Tischen“ in den Regionalbereichen vorsieht mit der Beteiligung der Migrantinnen und Migranten.

Das Langenhorner Forum ist nicht zuletzt deshalb eine gute Basis, weil bei den bisherigen Veranstaltungen auch eine ganze Reihe von Mitbürgerinnen und Mitbürgern ausländischer Herkunft die Möglichkeit zum politischen Dialog genutzt haben.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Bürger-Forum von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut auf- und angenommen wurde: „Hier erlebe ich endlich einmal Politik zum Anfassen“ oder „Das ist endlich einmal Politik zum Mitmachen“ waren häufige Reaktionen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aussagen, die Mut und ausreichend Motivation geben, dieses kleine Stück mehr Bürgernähe weiter zu führen. ●



Wissen ist Macht!

Soziale Teilhabe und Bildung waren die ersten Ziele der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, aus der die Sozialdemokratie entstanden ist. Bildung erschließt uns nach wie vor „den Zugang zu einer Welt im Wandel und befähigt zu Demokratie und sozialer Verantwortung.“ (Hamburger Programm, 2007).

Im vergangenen Jahr haben wir uns im Kreis Nord verstärkt um die politische Bildung bemüht. Unter dem Motto „Wissen ist Macht!“ haben wir eine breite Palette von Veranstaltungen angeboten. Der Erfolg hat uns selbst ein bisschen überrascht – fast alle Veranstaltungen waren überdurchschnittlich gut besucht.

Dabei haben wir die Erfahrung gemacht, dass auch und gerade Genossinnen und Genossen die Angebote wahrnehmen, die keine Funktionäre oder Mandatsträger sind, sondern über Distrikts- und Kreisgrenzen hinweg unabhängig von rechts und links über Inhalte diskutieren wollen.

Klar also, dass wir die Reihe fortsetzen – es gibt schon viele Ideen! Noch besser wird das Angebot aber dann, wenn Ihr uns wissen lasst, welche Themen Euch in diesem Zusammenhang interessieren und für welche Bereiche Ihr Euch gern weiterbilden möchtet.

Welche Ziele und Konzepte aus der politischen Debatte interessieren Euch und sollen einmal genauer vorgestellt werden?

Welche Art von Praxistraining könntet Ihr für Eure Arbeit in den Distrikten gebrauchen?

Mit wem möchtet Ihr beim „Jour Fixe“ diskutieren? Wir sind gerade dabei, das Programm für das erste Halbjahr 2010 zu erstellen – meldet dafür gern Eure Wünsche an!

Abgeordnetenbüros

Willi Buss und Wolfgang Rose

Ifflandstraße 85
22087 Hamburg
Tel.: 61 19 83 12
Fax: 61 19 83 13
post@wilfriedbuss.de
www.wilfriedbuss.de

Mitarbeiter: Sönke Klages
Täglich geöffnet

Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21 A
22305 Hamburg
Tel.: 51 90 69 08
Fax: 51 90 69 10
info@ksenija-bekeris.de
www.ksenija-bekeris.de

Mitarbeiterin: Beate Schmid
Di: 15.00–19.00,
Mi-Fr 9.00–13.00

Anja Domres

Alsterdorfer Str. 68
22299 Hamburg
Tel.: 32 96 18 28
Fax: 32 96 18 27
Anja.domres@wahlkreis-ep-
pendorf-winterhude.de

Mitarbeiter:
Daniel Gritz, Jan Ohmer
Mo 14–16, Mi 10–12, Fr 15–17

Gunnar Eisold

Essener Straße 4
VALVO-Park, Eingang D3
2. Stock, Zimmer 1.1
22419 Hamburg
Tel.: 52 38 87 40

Fax: 52 38 87 58
buergerbuero@gunnareisold.de
www.gunnareisold.de

Mitarbeiter:
Timo Hempel, Helgard Winkel

Andrea Rugbarth

Krohnstieg-Center
Krohnstieg 41, III. OG
22415 Hamburg
Tel.: 28 57-48 78/88
Fax: 28 57-48 84
0174-9163252
Rugbarth-hh-nord@gmx.de
www.andrea-rugbarth.de

Mitarbeiter: Cornelius Seyfarth
Mo 10–20, Di 14–19, Mi 10–19,
Do 14–19, Fr 10–13
Bürgersprechstunde: jeden
1. Freitag im Monat 11–13 Uhr

Peter Tschentscher

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel.: 32 84 34 27
Fax: 32 84 34 29
info@peter-tschentscher.de

Mitarbeiter:
Funda Gür, Lars Möller

Jan Quast

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel.: 31 81 03 18
Fax: 31 81 03 45

Mitarbeiter: Martin Haars
Tel.: 01 76/43 08 38 26

Kreisvorstand der SPD Hamburg-Nord

Geschäftsführender Kreisvorstand

Vorsitzender

Tschentscher Peter 01 63/6 36 89 91 info@peter-tschentscher.de

stellv. Vorsitzende

Blix Verena 6 91 76 53 vblix@web.de

Dräger Gesine 65 90 13 20 gesine.draeger@hamburg.de

Schatzmeister

Bornhöft Ralph 51 32 04 80 ralph.bornhoeft@gmx.de

BeisitzerInnen

Klages Sönke 01 77/5 62 16 40 sklages@alice-dsl.de

Tabbert Urs 01 79/5 05 91 56 urs.tabbert@verteidiger-hamburg.de

Wowretzko Sylvia 2 27 67 02 wowretzko@t-online.de

Weitere BeisitzerInnen im Kreisvorstand

Linnemann Britta 53 05 06 56 britta.linnemann@gmx.net

Woisin Matthias 2 70 00 88 matthias@woisin.de

Distriktvorsitzende

Langenhorn-Nord

Greguhn Gabi 01 73/2 97 13 11 gabi.greguhn@vodafone.de

Langenhorn-Süd

Rugbarth Andrea 5 20 65 69 Andrea.Rugbarth@gmx.de

Fuhlsbüttel

Horstmann Nicole 50 04 97 27 nicole.horstmann@hamburg.de

Groß Borstel

Nitruch Barbara 46 46 91 barbara.nitruch@t-online.de

Eppendorf

Domres Anja 01 51/12 30 19 22 anja@domres-hamburg.de

Winterhude-Nord

Seyfarth Cornelius 01 73/9 63 17 18 Montefeltro@gmx.net

Jarrestadt

Landbeck Christian 6 41 51 35 Christian.Landbeck@web.de

Mühlenkamp

Näther Jürgen 27 29 72 juergen.naether@gmx.de

Barmbek-Nord

Leineweber Christopher 61 16 89 47 cleineweber@spd-online.de

Barmbek-Mitte

Bekeris Ksenija 69 45 41 87 ksenijabekeris@yahoo.de

Dulsberg

Hüttel Michael 6 96 24 48 michael.huettel@t-online.de

Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Tode Sven 25 49 73 73 sven.tode@spd-online.de

Weitere Mitglieder im Kreisvorstand

ASF

Schmudlach Sylvia 51 52 02 sylviaschmu@aol.com

JUSOS

von Barga Steven 01 78/6 29 15 45 stevenvb@gmx.de

60plus

Helms Eckhard 01 70/7 65 93 06 eckhardhelms@kabelmail.de

Bezirksfraktion

Domres Thomas 01 70/4 13 26 88 thomas.domres@spd-fraktion-nord.de

Mitglieder des Landesvorstands aus Nord

Damerau Inka 64 20 25 32 inka.damerau@t-online.de

Rose Wolfgang 2 29 91 94 wolfgang.rose@verdi.de

Peter Tschentscher, Verena Blix und Gesine Dräger: Kontakt siehe oben!

Bezirksamtsleiter

Kopitzsch Wolfgang 4 28 04 22 33 wolfgang.kopitzsch@t-online.de

Kreisvorstandssitzung

Die letzte Kreisvorstandssitzung in diesem Jahr findet statt am Mittwoch, den 16. 12.09, 19 Uhr.

Die Termine für die ersten Kreisvorstandssitzungen im neuen Jahr:

Jeweils 13. Januar, 17. Februar, 24. März, 19 Uhr.
Gäste sind herzlich willkommen – der Kreisvorstand tagt normalerweise in den Räumen der SPD Hamburg-Nord, Am Hasenberge 44.

Kreisdelegiertenversammlung

Im Februar zur Vorbereitung des Landesparteitages. Die Versammlung ist parteiöffentlich: Mitglieder sind herzlich eingeladen teilzunehmen! Termin im Kreisbüro erfragen, er richtet sich nach dem Landesparteitag und steht noch nicht fest!

Weihnachtsfeier der AG 60plus

Am 9. Dezember von 15.00 – 17.00 Uhr im Gemeindesaal St. Marien, Am Hasenberge 44.

Der beliebte Hamburger Schauspieler Rolf Jahncke spricht und liest weihnachtliche Geschichten und Gedichte. Alle Mitglieder sowie ihre Freunde und Bekannten sind zum gemütlichen Nachtmittag bei Kaffee und Kuchen eingeladen.

Juso-Gruppentermine

Langenhorn: 14.12.09, 19.00 Uhr, Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landstr. 41, Thema Bildungspolitik, Kontakt: Bennit Schmieler (Vorsitzender), Tel.: 01 51/14 99 34 56, E-Mail: bennit@gmail.com

Barmbek: 9.12.09, 19.30 Uhr, Dulsberg-Süd 12, Was ist Integration? – Vorbereitungstreffen für eine Veranstaltungreihe 2010

18.12.09 zusammen mit dem Jusoforum *Weihnachtsfeier*, Ort und Zeit über www.jusoforum.de oder erfragen über Stefan Menzel (Vorsitzender), Tel.: 01 71/2 03 52 32, E-Mail: menzel_stefan@web.de

Kerngebiet-Nord: 18.12.09 zusammen mit dem Jusoforum *Weihnachtsfeier* – Ort und Zeit über www.jusoforum.de oder erfragen über Arne Langer (Vorsitzender), Tel.: 01 60/8 03 23 18, E-Mail: arne.langer@web.de

„Parlamentarischer Abend“

Am 8. 01.10 laden wir ein zu einem „Parlamentarischen Abend“ in den Gemeindesaal St. Marien, Am Hasenberge 44, ein. Ab 18 Uhr könnt Ihr unsere Bürgerschaftsabgeordneten treffen, die von den Schwerpunkten ihrer parlamentarischen Arbeit erzählen. Außerdem stoßen wir auf das neue Jahr an und es gibt einen kleinen Imbiss. Um Anmeldung unter Telefon 460 30 42 oder per Mail hh-nord@spd.de wird gebeten.



Schon etwas zum Schmökern
für's Frühstück geholt?

Buch-, Zeitschriften- und Zeitungs-Design

Kreativ-Schmie.de
Thomas Biedermann

<http://medien-schmiede.tel>

Rechtsanwaltskanzlei URS TABBERT

Kompetenzen:

- Mietrecht
- Internetrecht
- Gewerblicher Rechtsschutz
- Verbraucherschutzrecht
- Hochschulrecht
- Prüfungsrecht
- Personalvertretungsrecht

Sprechzeiten:

Montag – Freitag 10.00 – 18.00 Uhr

Klaus-Groth-Straße 84 · 20535 Hamburg
Ab 1.1.2010: Möllner Landstr. 20 · 22111 Hamburg
Tel. 0 40/25 31 36 62 · Fax 0 40/25 31 36 63
urs.tabbert@verteidiger-hamburg.de · www.rechtfair.com

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD Hamburg-Nord kann im Internet eingesehen werden – hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte: www.spd-hamburg.de/Nord

Danke!

Von Kerstin
Völsch

Ruhiger ist es geworden auf unserer Büroetage Am Hasenberge: Schon in den ersten Tagen nach der Bundestagswahl musste das Wahlkreisbüro von Christian Carstensen aufgelöst werden.

Ein Anlass für mich „Danke!“ zu sagen für die großartige Bürogemeinschaft mit André Schneider (Christians Büroleiter), Steffen Vogel (der in Christians Büro seine Ausbildung gemacht und kurz vor der Wahl erfolg-



reich abgeschlossen hat), Annika Hansen, Fabian Albrecht und Bastian Faust.

Ihr wart supernette Kollegen, immer ansprechbar, kooperativ, trotz der unglaublich vielen extra Stunden nie schlecht gelaunt und es gab immer was zu lachen. Wir vermissen Euch hier und sagen DANKE!

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg



Wir sprechen mit Ihnen
und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32 /-0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 HH

Gratulationen

Seit dem Frühjahr hat es keinen „richtigen“ Nordwind gegeben – im Wahlkampf hatten wir uns auf eine Beilage im „vorwärts“ beschränkt. Trotzdem sollen Jubiläen und Geburtstage aus den letzten Monaten nicht unter den Tisch fallen!

Die Geburtstagskinder von April bis Dezember 2009

(aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf):

- 70 Jahre: Egon Schulz, Helgard Winkel, Jan Ehlers, Klaus Dieter Wulff, Arno Selke, Elke Kobow, Erika Oh, Gunter Roubal, Bodo Scriba, Ute Langermann, Hartmuth Wrocklage, Helga Kniffka, Werner Meyer, Michael Nesselhauf, Wolfgang Stelter, Rolf Hofmeier, Michael Vogel, Karin Carstensen, Ingeburg Christiansen-Nauck, Helmut Bilstein, Jan-Peter Dewall, Helga Kuhn
- 75 Jahre: Elke Dethlefs, Klaus Adolf Köster, Edda Reimer, Rose-Marie Greßmann, Klaus Weber, Ingeburg Steffen, Uwe Mertens, Ursula Zanke, Carl-Georg Nesit, Ilse Sieling, Walter Franke, Magdalene Below, Willi Krollpfeifer, Otto Kummerfeld, Günther Havemeister, John Plagemann, Dieter Müller, Gerda Lühr
- 80 Jahre: Bodo Hagen, Erwin Friedebold, Hans Bornhöft, Helga Menth, Gisela Müller, Arno Wrage, Werner Hamann, Erika Woisin, Sonja Schulz, Ingeburg Zaunitzer-Haase, Heinrich Schäfer
- 85 Jahre: Gisela Henningsen, Lieselotte Wellhausen, Otto Meyer-Glitza, Edith Martens, Armin Grebenstein
- 90 Jahre: Ursula Michaels-Frederici, Ernst Kruse, Elsa Neumueller
- 95 Jahre: Emmi Peters, Emmi Wagemann, Luise Schulz

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen alles Gute und vor allem Gesundheit!

Die Parteijubilare von April bis Dezember 2009:

- 25 Jahre: Sönke Klages, Werner Preuschhof, Bettina Protz, Jürgen Allemeyer, Hanns-C. Lange, Helga Petersen, Elfriede Siewert, Michael Staack, Ului Erdogan, Wilfried Albrecht, Andreas Buscha, Lars Möller, Margrit Springhorn, Franziska Eggers, Reimer Eggers, Klaus Hentschel, Maren Wandel, Maria Buter, Gideon Spanke.
- 40 Jahre: Rolf Martin, Hans Alberts, Helmut Holst, Günther Meyer, Walter Münch, Bernd Hartnagel, Jürgen Kornbrodt, Detlef Rhenius, Rolf Dieter Sauer, Hans Bornhöft, Peter Genkel-Flamm, Gerhard Igl, Peter R. Kracke, Richard Ebert, Martin Eckert, Joseph Fromme, Hartmut Hitzer, Hans Dieter Kreiss, Hans-Heinz Pukall, Andreas Schlueter, Barbara Vogel, Hannelore Wiele, Hartmuth Wrocklage, Wolfgang Müller, Hans-Gottfried Simon, Christof Thauer, Artur Bouchard, Jörg W. Lewin, Marianne Monden, Ragna Riensberg, Karl Heinrich Biehl, Elisabeth Pommerenck, Axel Telge, Dietmar Wacker.
- 50 Jahre: Ernst-August Hinrichs, Reimer Rohde, Wolfgang Vormbrock, Paul Herrmann, Paul Eberhardt
- 60 Jahre: Günther Hennings, Rolf Lambeck, Gerhard Schulz, Walter Sauer.

Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue, ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement! Die Ehrungen mit Urkunde und Nadel finden jeweils in den nächsten Wochen bei den Weihnachtstfeiern oder Neujahrsempfängen der Distrikte statt.

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 31):

15.01.10. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Ein Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Post: Beiträge und Fotos per Brief oder digitale Daten auf CD an die Redaktion:

Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg



E-Mail:

michel.huettel@t-online.de
urstabbert@web.de



Telefon:

Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48
Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44
22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42

Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg.de/Nord

v.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion: Michael Hüttel, Urs Tabbert

Gestaltung: Kreativ-Schmie.de,
Hamburg, www.kreativ-schmie.de

Bilder: S. 2 © Peter Tschentscher,
S. 3 © Inka Damerau, S. 5 © Verena Blix,
S. 6 © Uwe Lammers, S. 8 @ Rolf Jahncke,
S. 9 © Jan Freitag, alle weiteren
Bilder © SPD Hamburg-Nord

Druck: Günther Plaut Offsetdruckerei
GmbH, Hamburg